Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48, „Kalsbach-Kotthäuserhöhe“;
- Ergebnis der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit, der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 u. 3 BauGB
 - Satzungsbeschluss

Beratungsfolge:

	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss				08.02.2007

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachverhalt:

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 26.09.2006 die Durchführung der 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthäuserhöhe“ gem. § 13 BauGB beschlossen.

Ziel dieser 9. vereinfachten Änderung ist es, im Gewerbegebiet Kalsbach die Realisierung eines weiteren gewerblichen Objektes zu ermöglichen. Um das Bauvorhaben durchführen zu können, ist es erforderlich die Baugrenzen zu verschieben und die festgesetzten Pflanzvorschriften verändert anzuordnen.

Die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit, der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 u. 3 BauGB erfolgte in der Zeit vom 06.11.2006 bis 08.12.2006. Während dieses Verfahrensschrittes gingen Anregungen ein, worüber zu beraten und abzuwägen ist. Einzelheiten hierzu sind den beigefügten Fotokopien der Originaleingaben sowie einer Auflistung mit Abwägungsvorschlägen entnehmbar.

Nach Abwägung und Beratung über die vorgetragenen Anregungen ist das Verfahren soweit gediehen, dass für die 9. Änderung des Bebauungsplanes der Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB gefasst werden kann.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ist der städtebauliche Vertrag zur Absicherung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu ratifizieren.

Anlagen

- Fotokopien der Originaleingaben
- Auflistung mit Abwägungsvorschlägen
- Übersichtplan aus dem der Geltungsbereich der Bauleitplanänderung hervorgeht
- 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthäuserhöhe“ mit zugehöriger Begründung

Beschlussvorschlag:

- a) Über die Anregungen die während der Beteiligung gem. § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, abgewägt und beschlossen.
- b) Die 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthäuserhöhe“ wird vorbehaltlich der Ratifizierung des städtebaulichen Vertrages gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl.I. S. 2414) in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ist der Bebauungsplanänderung eine Begründung beigefügt.

Im Auftrag

Armin Hombitzer

Marienheide, 08.Jan.2007